

Pressemitteilung der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf

Große Zweifel bei der FDP Burgdorf: Wird OZG fristgerecht umgesetzt?

Burgdorf, 21. Juli 2022. Bis zum Jahresende 2022 muss das Land Niedersachsen das Onlinezugangsgesetz (OZG) umsetzen, um allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen einen digitalen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen zu ermöglichen. Hiermit sollen sämtliche Verwaltungsprozesse auch zwischen Land und Kommunen beschleunigt und effizienter gestaltet werden. Ernste Zweifel am Stand der Umsetzung in Burgdorf kommen nun von der FDP. Sie hat deshalb eine Anfrage an die Stadt Burgdorf gerichtet. Die Liberalen möchten vom Bürgermeister etwa wissen, wie der Umsetzungsstand der Dienstleistungen der Stadt Burgdorf ist und welche dieser Dienstleistungen die Verwaltung der Stadt Burgdorf überhaupt selbst digitalisieren wird.

Mario Gawlik, FDP-Fraktionsvorsitzender zeigt sich skeptisch: „Durch die Digitalisierung der Verwaltung haben wir in der Theorie schon jetzt viele wunderbare Möglichkeiten. In der Praxis kommunizieren Ämter und Behörden untereinander aber immer noch viel zu langsam und viel zu oft analog. Auch die Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen für Bürgerinnen und Bürgern lässt stark zu wünschen übrig. Vielfach muss noch immer zu wirklich arbeitnehmerunfreundlichen Zeiten der Weg zum Amt angetreten werden, anstatt einfach online ein Formular ausfüllen zu können. Das ist nicht 2022, sondern anno dazumal. Mit dem Onlinezugangsgesetz sollte das alles besser werden, um bessere Beratungsangebote, eine höhere Geschwindigkeit und mehr Gerechtigkeit zu erreichen. Allerdings haben wir große Bedenken, was den Fortschritt des OZG angeht. Wir möchten deshalb mit unserer Anfrage erfahren, ob die Bürgerinnen und Bürger mit einer Bereitstellung ab dem 1. Januar 2023 rechnen können.“

Grundsätzlich fordert die FDP-Burgdorf, dass kommunal endlich ein „Digitalisierungsturbo“ gezündet werden müsse. Vorbilder seien etwa die baltischen oder skandinavischen Staaten, die durch flächendeckend digitalisierte Prozesse sowohl die Verwaltungen als auch die Bürgerinnen und Bürgern entlasten. „Unsere Erfahrung hier ist, dass eher nur das Notwendigste digital bereitgestellt wird“, ärgert sich Gawlik: „Was wir brauchen ist aber eine durchgehende und verlässliche Möglichkeit, digitale Dienstleistungen unserer Verwaltungen

in Anspruch nehmen zu können. Dies sorgt für Entlastung und Transparenz - genau daran mangelt es aktuell.“

Mit ihrem Zweifel ist die FDP Burgdorf aber nicht allein. Auch auf Landesebene rügten bereits mehrere Institutionen, wie der Landesrechnungshof (LRH), die Fortschritte der bisherigen Verwaltungsdigitalisierung in Niedersachsen. Aus Sicht der FDP müssten sich hier sowohl Burgdorf als auch das Land ehrlich machen, Fehler eingestehen und nachbessern. Mit ihrer Anfrage wollen die Liberalen ihren Teil dazu beitragen und den Prozess ins Rollen bringen.

Kontakt:

Mario Gawlik

Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf

Telefon:

0171 3280967

E-Mail:

mario.gawlik@fdp-burgdorf.de